

Gesellschaft Politik Panorama Kultur Lifestyle Digital Wirtschaft Sport Gest

Politik > Integrationsbeauftragter über Aufnahme von Geflüchteten "Wir können das"

AUFNAHME VON GEFLÜCHTETEN

Integrationsbeauftragter Latif Hamamiyeh Al-Homssi: "Wir können das, wenn man uns nur machen lässt"



Latif Hamamiyeh Al-Homssi ist Integrationsbeauftragter im hessischen Waldeck-Frankenberg. Er findet: Den Kommunen sollte bei der Integration Geflüchteter mehr zugetraut werden

© Stefanie Silber

von Johanna Jürgens

31.03.2023, 14:30 • 6 Min.

MERKEN

Viele Landkreise beklagen Überlastung wegen der wachsenden Zahl an Geflüchteten. Latif Hamamiyeh Al-Homssi, Integrationsbeauftragter in Hessen, glaubt: Die Kommunen könnten noch deutlich mehr leisten.

Der Ton wird wieder rauer. Man merkte das zuletzt in Upahl, einer kleinen Gemeinde in Mecklenburg Vorpommern, wo Anwohner Proteste organisieren und den Bau von Flüchtlingsheimen verhindern. Oder im fränkischen Miltenberg, wo ein grüner Landrat

Brandbriefe nach Berlin schickt: Wir schaffen das nicht, wir können nicht mehr, es sind einfach zu viele.

1,3 Millionen Geflüchtete kamen allein 2022 in Deutschland an, mehr als doppelt so viele wie noch 2015 und 2016. 1.045.000 von ihnen sind Ukrainerinnen und Ukrainer. Verantwortlich für diese Menschen sind die Städte und Gemeinden. Sie müssen Unterkünfte finden und Betten verteilen, Platz schaffen in den Kindergärten und Schulen. Und gelangen dabei zunehmend an ihre Grenzen.

"Wir sind am Ende der Leistungsfähigkeit, es geht nicht mehr!", schrieb der Landrat von Miltenberg, Jens Marco Scherf, an den Bundeskanzler Olaf Scholz.

"Wir wollen das nicht", steht auf Protest-Zetteln an einem Zaun in der Gemeinde Upahl.

Und das Institut für Demoskopie Allensbach, Gradmesser der öffentlichen Meinung, vermeldet: Nur jeder fünfte Deutsche glaubt noch, dass dieses Land weiter Menschen aufnehmen kann.

In Korbach, einer beschaulichen Kreisstadt im Hessener Norden mit Kopfsteinpflaster und Fachwerkhäusern, sitzt einer, der ganz andere Töne anschlägt. "Wir können das", sagt Latif Hamamiyeh Al-Homssi, 33, der Vollbart trägt und Sneaker, mit merkelscher Entschiedenheit. Und schiebt hinterher: "Wenn man uns nur machen lässt."

Hamamiyeh Al-Homssi ist Integrationsbeauftragter in Waldeck-Frankenberg. Er macht seinen Job gerne. Dabei ist es nicht so, als wäre die Lage hier, in Hessens größtem Landkreis, irgendwie besser als im Rest der Republik. Zwar geht in Korbach noch niemand auf die Straße. Aber auch hier fehlt es an Wohnungen und an Geld. Und auch hier bräuchten sie mehr Mitarbeiter, die verwalten, unterrichten und betreuen.



VOR ORT

INTEGRATION

Deutschland braucht Arbeitskräfte, ukrainische Geflüchtete brauchen Jobs. Von Hoffnungen, Chancen und der Realität

Noch haben sie Plätze frei

4000 Geflüchtete hat Waldeck-Frankenberg seit Anfang 2021 aufgenommen. 2500 kamen aus der Ukraine zu ihnen, der Rest aus anderen Krisenregionen der Welt, aus Syrien, Afghanistan und dem Iran, auch aus der Türkei. Viele der Ukrainerinnen und Ukrainer haben schon eine Wohnung gefunden, manche sogar einen Job, andere sind zurückgekehrt in ihre Heimat oder weitergezogen zu ihren Verwandten. Jede Woche kommen weitere 20 bis 25 Menschen an, Tendenz steigend. Sie bleiben vorübergehend in Sammelunterkünften, in leerstehenden Pensionen zum Beispiel oder in einem Containerdorf, das der Landkreis erst vor wenigen Tagen eröffnet hat.

299 Plätze sind noch frei. Das ist kein Puffer, auf dem man sich lange ausruhen kann. Aber auch kein Grund für Alarmismus. Noch vor ein paar Jahren hätten sie von solchen Zuständen nur träumen können.

In Waldeck-Frankenberg, so sagen es Kommunalpolitiker, ist man gerade noch "vor der Lage". Sie machen das schließlich nicht zum ersten Mal. Von vielen Strukturen, die der Landkreis seit 2015 aufgebaut hat, profitieren sie hier noch heute: dem Wohnraum, der für Geflüchtete freigemacht wurde. Von den Ehrenamtlichen, die sich engagieren. Und von der Fachstelle für Integration, von Hamamiyeh Al-Homssi, der auch dann nicht aufgehört hat zu arbeiten, als die Flüchtlingszahlen wieder sanken.

"Ich bringe sicherlich eine besondere Empathie mit"

Dass Hamamiyeh Al-Homssi Integrationsbeauftragter wurde, war eher Zufall. Er studierte Orientalwissenschaften, wollte sich gerade für einen Master bewerben, da nahm Deutschland schon einmal eine Vielzahl an Geflüchteten auf. Das war 2016. Hamamiyeh Al-Homssi wollte helfen. Er bewarb sich als Praktikant bei der Ausländerbehörde in Waldeck-Frankenberg, arbeitete dort erst als Übersetzer, später betreute er Asylbewerber. 2017 stellte der Landkreis ihn als Integrationsbeauftragten ein.

Andere könnten seinen Job genauso gut machen. Menschen ohne eigene Migrationsgeschichte. Hamamiyeh Al-Homssi legt großen Wert darauf, das immer wieder zu betonen. "Aber ich bringe sicherlich eine besondere Empathie mit", sagt er.

Latif Hamamiyeh Al-Homssi wurde 1990 in Deutschland geboren und weiß trotzdem, wie es ist, hier erstmal fremd zu sein. Seine Eltern stammen aus Syrien und kamen in den Siebzigerjahren als Studenten nach Deutschland. Als er gerade ein Jahr alt war, zog die Familie zurück. Der kleine Latif ging in Syrien zur Grundschule. Mit seinen Eltern sprach er

ausschließlich Arabisch. Er erinnert sich noch an die Kleiderordnung und an seinen Schulweg, doch die meisten Bilder aus dieser Zeit sind inzwischen verblasst. Als er sieben Jahre alt war, kehrte seine Familie endgültig nach Deutschland zurück, das war Ende der Neunzigerjahre.

In der Schule war Hamamiyeh Al-Homssi plötzlich das einzige Kind, das anders aussah. Weil er kein Deutsch sprach, musste er eine Klasse wiederholen. Er fand es unfair, wieder ganz von vorne anfangen zu müssen, als Einziger, daran kann er sich noch gut erinnern. Wegen der Sprachkurse waren seine Schultage immer länger als die seiner Mitschüler. Und dann waren da noch die Blicke der anderen. Die Verkäuferinnen im Einkaufszentrum, die ihn nicht aus den Augen ließen.

In Waldeck eröffnete die Familie ein Wirtshaus mit Kegelbahn, "klassisch deutsch", sagt Hamamiyeh Al-Homssi heute. Bis auf das Baba Ganoush auf der Speisekarte, einen arabischen Dip aus Auberginen und Sesampaste. Richtig angekommen habe er sich gefühlt, als er Deutsch sprechen konnte – und Freundschaften schloss.

"Wir machen hier alles, was wir nicht machen müssten"

Hamamiyeh Al-Homssis Büro liegt im zweiten Geschoss des Korbacher Kreishauses, einem rostrotvertäfelten Siebzigerjahrebau am Stadtrand mit grauen Teppichböden und Lamellenvorhängen. Das Zimmer ist bunter, chaotischer als die seiner Kollegen, mehr Lagezentrum als Aktenfriedhof. Auch das ein Zeichen dafür, dass die Dinge hier anders laufen, unkonventioneller.

An seinem Schreibtisch hängt ein Blechschild mit der Aufschrift "Geschlossen gegen Ausgrenzung", an dem seiner Kollegin das Gegenstück, "Offen für Vielfalt". Drumherum: To-Do-Listen auf Klebezetteln und Flipcharts, Flugblätter, Plakate. "Wir machen hier alles, was wir nicht machen müssten", sagt Hamamiyeh Al-Homssi. Eigentlich sind die Kommunen nur zur Unterbringung und Erstversorgung verpflichtet. Alles andere ist freiwillig – und muss in der Regel aus eigener Tasche bezahlt werden.

Vor ein paar Tagen, erzählt Hamamiyeh Al-Homssi, haben er und sein Team eine App an den Start gebracht, die Geflüchteten helfen soll, sich im Landkreis zurechtzufinden. Sie können dort in ihrer Muttersprache nach Ärzten suchen und nach Sportvereinen, sich über ihr Aufenthaltsrecht informieren oder nachsehen, bis wann das nächstgelegene Jobcenter geöffnet hat. Digitale Eins-zu-Eins Betreuung, die der Landkreis ansonsten niemals stemmen könnte.

"Viele Programme werden in Städten für Städte gemacht"

Hamamiyeh Al-Homssi fällt auf. Weil er selbst Kind von Einwanderern ist und damit ziemlich allein in den noch immer größtenteils weißen Kreisverwaltungen. Und weil er sich nicht zermürben lassen will von einem überregulierten Migrationssystem, das die Landkreise nur als ausführende Kraft versteht, nicht aber als Gestalter.

Aus Sicht vieler Kommunen ist es so: Der Bund bestimmt den Kurs in der Asylpolitik, er verteilt die Geflüchteten auf die Länder, die wiederum auf die Kommunen. Sie sind das unterste Glied der Kette, gut genug als ausführende Kraft, aber mitgestalten dürfen sie nicht. Integration, darüber spricht man in Talkshows und im Bundestag. Nicht da, wo sie passiert.

"Viele Programme werden in Städten für Städte gemacht", sagt Hamamiyeh Al-Homssi.

Da sind zum Beispiel die Sprachförderungsprogramme vom Land Hessen: Die finanzieren den Landkreisen Lehrkräfte für Sprachkurse, nicht aber die Fahrtkosten für die Teilnehmer. "Das spielt in Wiesbaden sicher keine Rolle. Aber hier kostet das Geld, die Leute von A nach B zu bringen."

Hamamiyeh Al-Homssi sagt, wenn die Kommunen auch zur Integration verpflichtet wären, wenn man ihnen nur mehr zutraue, dann würde das alle entlasten. Wären die ganzen Vorschriften und Anträge nicht, dann könnten sie endlich anpacken.



Latif Hamamiyeh Al-Homssi findet: Kommunen sollten zur Integration verpflichtet werden

Berliner Bürokratie sei eine Hürde für die Integration

Er hat dafür auch ein Beispiel: Eigentlich wollte der Landkreis noch viel mehr Sprachkurse anbieten, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auch anerkennt. Die Nachfrage dafür sei riesig, sagt er. Denn es ist ganz einfach: Ohne Integrationskurs, wie die Behörde ihn nennt, keine Aufenthaltserlaubnis. Doch das BAMF habe die Anforderungen an Lehrkräfte in den vergangenen Jahren immer weiter verschärft – sodass der Landkreis kaum noch geeignetes Personal auftreiben kann. "Dabei gibt es in Waldeck-Frankenberg genug Menschen, die in der Lage wären, den Geflüchteten Deutsch beizubringen", sagt Hamamiyeh Al-Homssi. "Die haben dann vielleicht nicht Deutsch als Fremdsprache studiert. Aber die haben pädagogische Kompetenzen, Sprachen zu lehren. Doch das wird uns nicht ermöglicht."

Eigentlich haben ländliche Regionen bei der Integration einen entscheidenden Standortvorteil: Man kennt sich hier, die Wege sind kurz. So kam es auch, dass ein Automobilzulieferer in Korbach nun Geflüchtete ausbildet. Wie sehr sich ein Landkreis für diese Menschen engagiert, ist allerdings immer noch vom Einsatz Einzelner abhängig. "Es ist ein absoluter Flickenteppich", sagt Hamamiyeh Al-Homssi. "Wir haben keine klare Idee davon, wo wir eigentlich hinwollen, wenn wir von Integration sprechen: Was erwarten wir von uns als Aufnahmegesellschaft, wo wollen wir mit diesen Menschen hin? Solange das keine Pflichtaufgabe der Kommunen wird, müssen sie immer zurückgreifen auf freiwillige Leistungen. Und wenn's mal nicht gut läuft, ist das das Erste, wo man den Rotstift ansetzt."

Er hat jetzt auf eigene Faust Sprachkurse organisiert, der Landkreis trägt die Kosten. Offiziell anerkannt sind die Programme nicht, aber immerhin haben so deutlich mehr Menschen die Möglichkeit, Deutsch zu lernen. Hamamiyeh Al-Homssi weiß aus eigener Erfahrung, dass genau das am Ende den Unterschied machen kann.

#THEMEN [Integration](#) • [Waldeck-Frankenberg](#) • [Landkreis](#) • [Hessen](#) • [Korbach](#) • [Syrien](#) • [Miltenberg](#) • [Überlastung](#) • [Upahl](#) • [Olaf Scholz](#)